

MINDESTSICHERUNG Richtigstellung

In unserer letzten Ausgabe haben wir informiert, dass bei Einführung der Mindestsicherung auch Notstandshilfebezieher von der Verwertung allfälligen Vermögens (etwa einer Eigentumswohnung) betroffen sind. Richtig ist: Nur Notstandshilfebezieher oder auch Bezieher von Arbeitslosengeld, die zusätzlich zu ihrer Leistung vom AMS Mindestsicherung beziehen (weil die Höhe ihrer Notstandshilfe geringer ist als der Mindestsicherungsrichtsatz: derzeit € 744,- für einen Alleinstehenden) sind von der Vermögensverwertung (Regress) betroffen.



Private Pflegeheimbetreiber verdienen Unsummen, welche die Gemeinden und die Gepflegten bezahlen müssen. Die Angestellten müssen hart für wenig Geld arbeiten. Die KPÖ kämpft für Verbesserungen.

KURZ GESAGT

Transitgipfel

Ohne betroffene Bürger und Bürgerinitiativen ging der „Transitgipfel“ von Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder über die Bühne eines Grazer Hotels. Es ging um drei Schnellstraßenprojekte. „Leider sehen viele Politiker Bürgerinitiativen als lästige Verhinderer. Diese vertreten aber berechtigte Anliegen. Sie nicht erst zu nehmen, zeugt von der Arroganz der Mächtigen“, kritisiert KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher.

Teurer Wahlkampf

Wahlkampf allerorten: Flugblätter, immer teurere Wahlgeschenke, Verkehrsbehinderung durch Plakatwände. Für die Parteichefs gibt es mitunter sogar Hubschraubereinsatz. Menschen in Tierkostümen wanken über überdimensionierte Bühnen. – Immer groteskere Züge nimmt der Landtagswahlkampf an, für den Millionen Euro ausgegeben werden. Die KPÖ forderte im Landtag mehrmals eine Beschränkung der Wahlkampfkosten. In diesem Fall wollten SPÖ und ÖVP allerdings nicht sparen.

FONDSBESITZER MACHEN GEMEINDEN ARM

Deutsche Spekulanten kassieren unser Pflegegeld

Private Pflegeheime versprechen hohe Gewinne für Investoren und kosten die Gemeinden Millionen. Ein KPÖ-Antrag, dass nur mehr öffentliche Heimträger ohne Gewinndenken gefördert werden, scheiterte an SPÖ und ÖVP.

Während die Gemeinden unter immer größeren Finanzlücken stöhnen, reiben sich manche Pflegeheimbetreiber und Pflegefonds-Besitzer die Hände: Der Pflegebedarf steigt rapide, die Heime sind voll, die Gemeinden an Verträge gebunden. Das Geld, das viele Gemeinden ohnehin nicht mehr haben, geht direkt an die privaten Heime. Ein Anlauf der KPÖ für eine Besserung scheiterte im Landtag an SPÖ und ÖVP.

Der deutsche Pflegefonds Immac hat in Österreich bereits 7 Fonds aufgelegt – ein Gutteil davon in der Steiermark, seit sich die Immac in die Kräutergarten-Gruppe von BZÖ-Mann Harald Fischl und seinem Compagnon Gerhard Moser (Sohn des ehemaligen SPÖ-Bautenministers) eingekauft hat.

Riesengewinne

Eben wird der achte Fonds angepriesen; diesmal geht es um vier Pflegeheime in Kärnten, die ebenfalls von Gerhard Moser geführt werden. Bei einer Laufzeit von 15 Jahren wirbt die Immac mit Ausschüttungen von mindestens 108 % des Kapitaleinsatzes. Diese Gewinne zahlen die Gepflegten, die Gemeinden, das Land – wir alle in Form von Pflegekosten!

Das gehört unterbunden. Viele private Pflegeheime beuten die Beschäftigten aus, schrauben die Kosten für die Menschen in ungeahnte Höhen. Pflege wird zum Luxus. Auf Antrag der KPÖ hat sich der Landtag Ende 2009 dazu durchgerungen, nur noch öffentliche oder gemeinnützige Heimträger ohne Gewinnstreben zu fördern.

SPÖ gegen Besserung

Weil die Umsetzung ausblieb, hat KPÖ-Angeordneter Werner Murgg im Juni einen Gesetzesentwurf im Landtag vorgelegt, der das neue Fördermodell fixiert hätte. Doch diesmal stimmte die SPÖ dagegen und hat die Gesetzesänderung, die den SteirerInnen günstigere Pflorgetarife und den Gemeinden eine spürbare Entlastung bringen würde, abgelehnt.